Nushası 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1 75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.

Hariç için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

ILANAT

1. Sahifede santimetresi 100 Kuruş
2 » » 75
3 » » 50
4 » » 30

Idarehane: Tekke Cadesi No. 585 ve 587
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu: Galata 209.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd. 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.50 T. Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto. Inserate: 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung: Tekke-Strasse Nr. 585-587
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 209 u. 210
Postfach: Galata 209.

5. Jahrgang Nr. 113 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Freitag, 25. April 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Vom Tage.

Eine der wichtigsten Folgen des Verlaufs der Londoner Flottenkonferenz ist die Tatsache, dass man in Belgrad an dem Wert der französischen Freundschaft für Südslawien sehr ernstlich zu zweifeln beginnt. Der frühere südslawische Finanzminister und jetzige Vertreter Belgrads in Genf, Lazar Markowitsch, hat dieser Tage bei einer Betrachtung der aussenpolitischen Beziehungen Südslawiens offen gesagt, dass die seit dem Kriege so stark betonte frankreichfreundliche Politik die Gefahr in sich schliesse, dass mit Frankreich eines Tages auch Südslawien in eine gefährliche Isolierung gerate. Er würde diese Meinung sicher nicht offen ausgesprochen haben, am wenigsten im Zusammenhang mit der Erörterung der südslawisch-italienischen Beziehungen wenn er die angedeutete Gefahr nicht als akut und durch den Verlauf der Flottenkonferenz verstärkt ansähe. Die zwangsläufige Folge einer Abkühlung der südslawisch-französischen Beziehungen wäre eine Neuorientierung Südslawiens nach Mitteleuropa, eine Wendung, die schon längst geboten gewesen wäre und die Südslawien nicht so tief in seine Wirtschaftsnot hätte hineingeraten lassen. Voraussetzung dafür wäre eine sehr gründliche Revision der südslawischen Minderheitenpolitik und das Durchdringen fairer Grundsätze auch in der Wirtschaftspolitik, sodass es z. B. nicht mehr, wie eben jetzt, geschehen kann, dass einer französischen Firma der Auftrag für eine Savebrücke gegeben wird, für die deutsche Firmen die grundlegenden und wichtigsten Vorarbeiten ausgeführt haben.

* * *

Das in Odense (Dänemark) erscheinende Organ der dänischen bürgerlichen Regierungspartei, das „Fyns Venstreblad", nimmt in einem Leitartikel in folgender, sehr bemerkenswerter Weise zu der Grenzregulierung im deutschen Osten durch das Versailler Diktat Stellung:

„Die Ostgrenze, die der Versailer Vertrag Deutschland gab, und die TrennungOstpreußens vom übrigen Deutschland durch den polnischen Korridor ist bisher einer der Unruhpunkte in dem neuen Europa gewesen und bildet ständig eine Gefahr für die Völkerversöhnung; denn diese Grenzen sind ein Stein des Anstosses nicht nur für das deutsche Volk und werden von ihm als ungerecht empfunden. Aber diese Erkenntnis verbreitet sich mehr und mehr auch in den Ländern, die den Versailler Frieden diktierten. Man kann ohne Uebertreibung sagen, dass diese Grenzen jetzt nur von Polen verteidigt werden. In Amerika und namentlich in England ist die Zahl der Politiker und politischen Schriftsteller, die einsehen, dass bei der Festsetzung der deutschen Ostgrenze Unrecht gegen Deutschland begangen worden ist und die mit dem Hinweis auf das darin liegende Aufreizungsmoment den Wunsch aussprechen, dass dieses Unrecht je früher desto besser wieder gutgemacht werden muss, schon ziemlich gross".

Schwere Explosion in einer Fabrik in Lüttich!

Brüssel, 24. April

In einer Düngemittelfabrik in Lüttich explodierte heute nachmittag eine grosser Ammoniakbehälter. Ein Arbeiter wurde bei der Explosion getötet; mehr als 100 andere erkrankten infolge Einatmens der giftigen Gase, die sich entwickelten. Von den erkrankten Arbeitern waren bis abends bereits 6 gestorben.

Zahlreiche französische Flugzeuge verbrannt.

Paris, 24. April

Auf einem französischen Marineflugplatz brach heute ein Feuer aus, das zahlreiche Marine-Kampfflugzeuge vernichtete. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Brüssel, 24. April (A.A.)

In Charleroi zerstörte ein heftiger Brand den grössten Teil des Gebäudes der Eisenbahndirektion.

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark=51.— Piaster.

SERVICE

Um das Abkommen mit Griechenland.

Die hiesige griechische Zeitung „Apoghevmatini" meldet aus Athen, daß dort der türkische Gesandte Enis Bej von Neuem eine lange Unterredung mit dem griechischen Außenminister gehabt hat. Enis Bej habe die von Griechenland erbetenen ergänzenden Ausführungen der türkischen Regierung zur letzten türkischen Note dem Minister mitgeteilt. Eine offizielle Mitteilung über die Besprechung sei nicht ergangen.

Der Fall Chinkis.
Momentbild aus Palästina.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post").

Anfang Februar wurde der jüdische Polizist Chinkis vom Kriminal-Schwurgericht in Jerusalem wegen vorbedachten Mord, gemeinsam mit anderen Personen begangen während der Unruhen an 5 Mitgliedern einer arabischen Familie in Jaffa, zum Tode verurteilt. Das Berufungsgericht hat vor kurzem dieses Urteil in eine 15 jährige Zuchthausstrafe umgeändert, da der Vorwurf des Vorbedachts nicht aufrecht erhalten werden konnte. Auf arabischer Seite hat diese Strafverminderung grosses Befremden hervorgerufen. Die Presse vertritt nachdrücklich die Ansicht, dass in Anbetracht der Tatsache, daß Chinkins *Polizist* gewesen sei, das Verbrechen besonders hart hätte geahndet werden müssen. Wenn ein Polizist, dessen Aufgabe es sei, nie die Ruhe zu verlieren, sich zu einer solch furchtbaren Tat habe hinreißen lassen und dies nicht als vorbedachter Mord angesehen werde, so könne auch von den arabischen Verurteilten nicht angenommen werden, daß sie mit Vorbedacht gehandelt hätten. (Chinkins und seine unbekannten Mittäter sind zur Verübung ihrer Untat gewaltsam in das verschlossene Haus der arabischen Familie eingebrochen) Die Erregung der Araber stieg aber noch mehr, als bekannt wurde, daß Chinkins im Gefängnis die den Ausländern zustehenden *Vorrechte* eingeräumt worden sind, da er polnischer Staatsbürger ist. Wie ist es möglich, fragen sich die arabischen Blätter, daß ein polnischer Jude von der Zionistischen Organisation nach Palästina gebracht wird, hier ohne Aenderung seiner Staatszugehörigkeit in die Polizei eintritt, als berufener Hüter der Ordnung kaltblütig eine ganze arabische Familie hinmordet, anstatt zum Tode zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wird und im Gefängnis die Vorrechte der Ausländer zugesprochen erhält? So etwas könne nur in Palästina unter den durch die unsinnige Balfourdeklaration geschaffenen Verhältnissen vorkommen. Gegen die Gewährung von Vorrechten an Ausländer in den Gefängnissen hat sich neuerdings auch die jüdische Presse gewandt, die darin einen unhaltbaren *Rest der früheren Kapitulationen* erblickt.

Auftakt zum Moskauer Parteikongreß.
„Die zwei Weltsysteme."

Moskau, 24. April

Die offiziösen „Iswestija" widmen dem im Juli zusammentretenden Kongeß der Kommunistischen Partei einen Leitartikel. Das Blatt beschäftigt sich zunächst mit den Fragen innenpolitischer Art, die der Kongreß beraten muß, und gibt in einer allerdings sehr vorsichtigen Sprache zu verstehen, daß die innenpolitsche Lage recht schwierige Probleme aufwirft: in erster Linie handelt es sich auch hier wieder um die Frage der Kollektivierung der Landwirtschaft, wobei die „Iswestija" die Andeutung machen, daß das Kulakentum „weniger denn je geneigt ist, die Waffen niederzulegen und sich selbst zu liquidieren." Außerdem wird der Kongreß aber auch zur gesamten außenpolitischen Lage Stellung zu nehmen haben, denn nach Meinung der „Iswestija" ist „der große geschichtliche Kampf der beiden Systeme Kapitalismus und Kommunismus" einem entscheidenen Stadium nahe gekommen. Einen ähnlichen Gedanken bringt auch die „Krasnaja Swesda", das Blatt der Roten Armee, zum Ausdruck. Auch hier ist von dem Ringen der beiden „Weltsysteme" die Rede, wobei das Blatt seinem militärischen Charakter entsprechend allerdings mehr von den Rüstungsfragen spricht als von den damit verbundenen politischen Problemen.

Beginn des grossen Kroaten-Prozesses.

Aus der Anklageschrift gegen Dr. Matschek und seine Mitangeklagten.

Gestern begann vor dem Belgrader Staatsgerichtshof der Prozeß gegen den Kroatenführer Dr. Vladimir Matschek und 23 seiner Mitangeklagten. Aus der soeben bekannt gewordenen 45 Schreibmaschinenseiten umfassenden Anklageschrift veröffentlicht die kroatische Korrespondenz „Gritsch" eine Reihe interessanter Einzelheiten. Danach werden die in Haft befindlichen 24 Angeklagten in fünf Gruppen, denen mehr oder weniger schwere Verbrechen vorgeworfen werden, eingeteilt. Die 19 Angeklagten der ersten Gruppe werden beschuldigt, Mitglieder von zwei Terror-Organisationen zu sein, die unter unmittelbarer Leitung zweier noch besonders genannter Hauptangeklagten stehen. Diese Gruppe soll Terror - Aktionen zum Teil durchgeführt, zum Teil erst vorbereitet haben, um „die Aufmerksamkeit des Auslandes auf die Unzufriedenheit der Kroaten mit dem bestehenden Regime zu lenken und die illegale Arbeit der kroatischen Emigranten zu unterstützen". Im einzelnen werden ihnen eine ganze Reihe Attentate und andere Straftaten vorgeworfen, darunter ein Bombenattentat in Agram, beabsichtigte Attentate gegen den Agramer Garnisonskommandanten, einen Divisionskommandeur, den Agramer Polizeichef, den Agramer Bürgermeister und einen Pfarrer. Weiter sollen die Angeklagten die Sprengung des Redaktionsgebäudes der „Novosti", die Sprengung der großen Eisenbahnbrücke bei Agram beabsichtigt und Drohbriefe an verschiedene Persönlichkeiten, darunter auch an den Ministerpräsidenten, General Zivkovitsch, gesandt haben. Der zweiten und dritten Gruppe wird in der Hauptsache die Aufbewahrung und Weitergabe von Waffen und Munition und Anstiftung zur Bildung von Terror-Organisationen vorgeworfen.

In der vierten Gruppe wird Rechtsanwalt Dr. Vladimir Matschek, der 51 jährige Präsident der Kroatischen Nationalversammlung, genannt. Er wird beschuldigt, insgesamt 15.000 Dinar den Angeklagten der dritten Gruppe in drei Raten übergeben zu haben, obwohl er wußte, daß dieses Geld dazu diente, um die politische Ordnung in Südslawien umzustürzen und die Tätigkeit der kroatischen Emigranten zu unterstützen". Weiter wird ihm zum Vorwurf gemacht, der Verfasser eines Artikels zu sein, welcher in der Weihnachtsnummer von 1929 des kroatischen Wochenblattes „Dom" hätte erscheinen sollen und in dem folgende Sätze enthalten sind: „Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß jede gerechte Idee von Gott ist und jede Gewalt vom Teufel stammt..... Wir erwarten die Weihnachtsfeierfesttage in der tiefen Ueberzeugung, daß alles Schlechte vorübergehend ist, während die Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit ewig sind....", wodurch er Stimmung dafür machen wollte, daß sich bestimmte Teile des Königreiches Südslawien loslösen und einen eigenen Staat bilden sollten." In der fünften Gruppe wird schließlich ein Rechtsanwalt beschuldigt, als angebliches Mitglied einer anderen Terror - Organisation von der Aktion der ersten Gruppe gegen die Agramer Eisenbahnbrücke gewußt und dies den Behörden nicht zur Anzeige gebracht zu haben.

Weiter ist aus der Anklageschrift zu entnehmen, daß sich die Mehrzahl der Angeklagten beim Gericht über die schlechte Behandlung seitens der Polizei beklagt hat. Auch sind Geständnisse, die von der Polizei unter Folterungen erzwungen worden sind, widerrufen worden. Bemerkenswert ist ferner, daß alle Angeklagten den Hauptangeschuldigten Dr. Matschek entlasten. Matschek hat lediglich selbst zugegeben, daß er Geld nur für solche jungen Kroaten zur Verteilung habe gelangen lassen, die aus Agram ausgewiesen und dadurch erwerbslos geworden waren. Zu der Hauptverhandlung sind nur 6 Zeugen geladen worden. Die anderen 39 Zeugen sind lediglich zu Protokoll vernommen worden. Ihre Aussagen sollen in der Verhandlung verlesen werden. Im übrigen sieht man dem Prozeß mit großer Spannung entgegen, da sein Ausgang für das künftige serbisch - kroatische Verhältnis von größter Bedeutung sein wird.

Doch Unruhen in Peschawar!

London, 24. April

Die Einreise nach Peschawar ist von den britisch - indischen Behörden sämtlichen Europäern verboten worden. Entgegen amtlichen Meldungen wird aus unterrichteter Quelle bestätigt, daß in Peschawar Unruhen ausgebrochen sind. Den Anlaß soll die Verhaftung mehrerer indischer Nationalisten gegeben haben, welche in Zusammenhang mit der Aktion Ghandis in Nordwestindien die illegale Salzgewinnung aufnahmen.

Rücktritt Patels!

Delhi, 24. April

Der Präsident der Indischen Gesetzgebenden Versammmlung Patel hat seinen Rücktritt bekanntgegeben. Der Rücktritt des angesehenen indischen Politikers erfolgt als Protestkundgebung gegen das Vorgehen der britischen Behörden gegen die Anhänger Ghandis.

Ghandis Sekretär verhaftet.

London, 24. April (A.A.)

In Kalkutta verbreitete sich gestern das Gerücht, dass der im Gefängnis sitzende Bürgermeister der Stadt infolge seines freiwilligen Hungerstreiks gestorben sei. Eine grosse Menschenmenge strömte daraufhin vor dem Gefängnis zusammen. Nachdem jedoch das Gerücht dementiert worden war, gelang es der Polizei die Menge zu zerstreuen. Eine spätere offizielle Mitteilung besagt, dass die Nachricht von einem Hungerstreik der politischen Gefangenen im Gefängnis von Alipur überhaupt falsch sei.

Inzwischen werden die Verhaftungen fortgesetzt. In Ahmedabad ist Ghandis Sekretär Mahadev Desni verhaftet worden, als er Kontrebandesalz transportierte. Mit ihm zugleich wurden einige Freiwillige Ghandis festgenommen. In Kaltutta wurde gestern wieder eine indische nationale Zeitung beschlagnahmt, während der Herausgeber und der Drucker ins Gefängnis geworfen wurden.

Die deutschen Kommunisten.

Berlin, 24. April

In München wurden die zum 1. Mai angekündigten kommunistischen Demanstrationen sämtlich verboten. In Hamburg wurde eine für morgen angesetzte kommunistische Demonstration ebenfalls untersagt.

Die „Bremen".

Hamburg, 24. April

Der deutsche Riesendampfer „Bremen" stieß heute im Aermelkanal mit einem britischen Tankdampfer zusammen, der schwere Beschädigungen erlitt, jedoch ohne Hilfe den nächsten Hafen erreichen konnte. Der Rumpf der „Bremen" weist als Folge des Zusammenstoßes nur einige leichte Kratzer auf.

Britisches Kampfflugzeug abgestürzt

Kairo, 24. April (A.A.)

Ueber dem Flugplatz von Heliopolis ist eines der Flugzeuge, das den Prinzen von Wales auf seinem Fluge vom Sudan nach hier begleitet hatte, abgestürzt. Die beiden Insassen des Flugzeuges wurden getötet.

Von den arabischen Küsten.

London, 24. April (A.A.)

Die Admiralität gibt bekannt, dass eine britische Korvette an der arabischen Küste ein Dorf von Aufständischen bombardiert habe. Es wird jedoch nicht gesagt, ob es sich um ein Dorf in Hadramaut, in Oman oder an der Vertragsküste zwischen Ras Musandam und Katar handelt.

Die französische Sozialversicherung.

Paris, 24. April (A.A.)

Die Kammer hat mit 547 gegen 29 Stimmen das Gesetz über die Sozialversicherung angenommen.

Die Reparationsbank.

Basel, 24. April (A.A.)

Der Verwaltungsrat der Internationalen Bank hat seine Arbeiten beendet. Zum Chef der eigentlichen Bankabteilung und stellvertretenden Generaldirektor wurde der Deutsche Hülsen, zum Generalsekretär der Italiener Pilotti und zum Leiter der Plazierungsabteilung der Belgier Van Zeeland bestimmt.

8 Tage nach dem Italien und Grossbritannien den Youngplan ratifiziert haben werden, soll die erste Emission von Aktien der Bank erfolgen. Die sieben Gründerländer und Unterzeichner der Haager Abkommen werden je 16.000 Aktien, d. s. insgesamt 112.000 Aktien übernehmen. Die anderen 88.000 Aktien werden solchen Staaten angeboten werden, deren Währung auf Gold basiert oder gegen Gold einlösbar ist oder die irgend wie in der Reparationsfrage interessiert sind. Nachdem die Frage der Ostreparationen bereinigt sein wird, soll mit der Tschechoslowakei mit Ungarn und Bulgarien ein ähnliches Abkommen wie mit den Gründerstaaten getroffen werden.

Wie verlautet, wird die Reichsbank ihr Aktienpaket in ihrem Portefeuille behalten. Japan und die U.S.A. werden dagegen ihren Aktienanteil auf ihre wichtigsten Banken verteilen. Belgien, England, Frankreich und Italien endlich werden ihren Aktienanteil öffentlich zur Zeichnung durch Privatpersonen auflegen.

Um den englisch - russischen Handelsvertrag.
Scharfe französische Kritik.

Paris, 24. April

Den Abschluß des vorläufigen englisch-russischen Handelsvertrages betrachtet man in französischen Kreisen als das gefährlichste Experiment, das das Kabinett Macdonald im Augenblick habe unternehmen können. Es sei nur zu verständlich, wenn die öffentliche Meinung in England lebhaft beunruhigt sei, betont der „Temps"; denn die bolschewistische Propaganda gegen Großbritannien, die Zwischenfälle der russischen Handelsgesellschaft Arcos und die Angelegenheit des Sinowjew-Briefes hätten die Arbeiterregierung zum mindesten zur Vorsicht mahnen müssen.

Es sei eine merkwürdige Illusion zu glauben, daß die Rückkehr zu normalen Beziehungen zwischen England und Rußland zur Förderung des Sozialismus und einer proletarischen Einheitsfront in der ganzen Welt beitragen könnte, denn die Sowjetregierung, die von der Dritten Internationale abhänge, versäume keine Gelegenheit, um ihre Verachtung gegen den Sozialismus auszudrükken, den sie als Ableger der Bourgeoisie bezeichne. Diese sowjetrussische Macht, die im großen russischen Volke eine neue und besonders „gemeine" Form der Untertänigkeit aufgezwungen habe, diese Macht, die das russische Volk mit brutaler Gewalt etwa vier bis fünf Jahrhunderte zurückgeworfen habe, die es einer Hand voll Abenteurern gefügig gemacht habe, könne in keiner Weise zu einem moralischen und sozialen Fortschritt der Menschheit beitragen. Die schlimme Einbildung sei, zu glauben, daß die Demokratie noch Vorteile in der Zusammenarbeit mit Sowjetrußland finden könne, da dieses Rußland sämtliche Rechte einer wahren internationalen Gesellschaft verachte und sich selbst von dem normalen Leben der Nationen abgeschlossen habe.

Wenn die englische Arbeiterregierung der Auffassung sei, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland der Arbeitslosigkeit in England steuern würden, so hätten sie eigentlich die Erfahrungen seit 1922 lehren müssen, daß man in dieser Beziehung nur Enttäuschungen erleben könne. Selbst Deutschland, das mit Rußland im Vertrage von Rapallo alle Aussichten auf seiner Seite gehabt habe, habe bisher durch die Handelsbeziehungen nur Verluste erlitten. Die „Morning Post" habe die gegenwärtige Lage wohl am richtigsten mit den Worten charakterisiert, Sowjetrußland werde seine Propaganda nach England einführen und England nach Rußland seine Kredite.

Hier wurde heute die Hochzeit der ältesten Tochter Mussolinis Edda mit dem Grafen Galeazzo Ciano gefeiert.

Nach der Londoner Konferenz.

Schwierige Lage des Britischen Aussenhandels.

Von Paul Oskar Seidl, z. Zt. London.

Das wichtigste Ergebnis der Londoner Flottenkonferenz bleibt der dreimonatige Anschauungsunterricht über die Verschiebung der Machtlage auf dem Erdball und über die geringe internationale Friedenssicherheit. Die Konferenz erreichte durch das Dreimächteabkommen zwischen Amerika, England und Japan allein eine Beruhigung auf dem Gebiete der Seerüstung. Der englische Steuerzahler erfährt zu seiner Beglückung, dass infolge der Londoner Konferenz eine Ermässigung der Neu- und Ersatzbaukosten seiner Flotte im laufenden Jahrzehnt um 1,4 Milliarden Mark erfolgen wird und dass gleichzeitig bis zum Jahre 1936 eine weitere halbe Milliarde an bereits beschlossen gewesenen Schiffsbauten fortfällt. Er weiss nicht, wie viel von den ersparten Milliarden an anderer Stelle des britischen Rüstungshaushaltes eingesetzt werden, kann Ueberlegungen darüber anstellen, dass er auf jeden Fall Auslagen in dem angedeuteten Umfange für die Kriegsflotte spart, sich gleichzeitig jedoch keiner Täuschung darüber hingeben, dass für den Frieden der Welt in London nichts getan worden ist.

Für Deutschland ist es von ganz besonderem Wert, dass die Seerüstungskonferenzen von Washington 1922 und London 1930 zu ihren weitreichenden Beschlüssen unter dem Druck der Seeschlacht am Skagerrak, des gewaltigsten Zusammenpralls der besten Schiffe und der bestgeleiteten und -ausgebildeten Marinemannschaften der Weltgeschichte, gelangt sind.

Die Seeschlacht am Skagerrak hat unzweideutig erwiesen, dass die Zusammenballung der Rüstungskräfte eines Volkes in eine Seeflotte als das denkbar gewagteste Spiel um Leben und Vergehen einer Nation gewertet werden muss. Kein anderer als der höchste Kopf der Grand Fleet selbst empfand in den Stunden des gewaltigen Kampfes mit der deutschen Hochseeflotte die peinliche Unsicherheit des Schicksal seines Volkes, wie die deutschen Schiffsgeschütze ihre Eisen- und Sprengstoffmassen gegen die englischen Schiffe schleuderten. Bei dem ersten Zusammentreffen der 5 deutschen Schlachtkreuzer Hippers mit den 6 englischen Schlachtkreuzern Beattys flog „Indefatigable" zwölf Minuten nach Beginn des Artilleriegefechts in die Luft, 26 Minuten später teilte „Queen Mary", eine schwimmende Festung von 27 000 Tonnen, ebenfalls mit über 1000 Mann Besatzung das gleiche Schicksal unter der Wucht einer Explosion, die ein siebenzehn Meter langes Dampfboot in seiner Nähe an 80 Meter hoch in die Luft warf. Auf Landverhältnisse übertragen, bedeutete das die Vernichtung von zwei Divisionen mit ihrer gesamten Artilleriestärke in 38 Minuten. Jellicoe wusste, dass seine Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer 272 schwere Geschütze gegen 200 deutsche abfeuern konnten, dass seine Geschossgewichte ihm eine noch grössere Ueberlegenheit sicherten, betrug doch das Gesamtgeschossgewicht einer einmaligen Breitseite der Briten 182 500 Kilogramm gegen nur 87 500 Kilogramm der Deutschen. Und doch war Jellicoe überzeugt, dass weniger Stunden der Seeschlacht den ganzen Krieg gegen England entscheiden konnten, als bis dahin der Landkrieg Monate lang ohne Endergebnis hin- und hergeflutet war und — vermied bewusst die Wiederaufnahme der Schlacht mit der ihren Häfen zustrebenden deutschen Hochseeflotte, obwohl er sie in den frühesten Morgenstunden des 1. Juni wegen der grösseren Gesamtgeschwindigkeit seiner Schlachtflotte mit absoluter Gewissheit vor ihrem Einlaufen in die gesicherte Helgoländer Bucht hätte abfangen und zur Entscheidungsschlacht bis zum letzten Schiff und